

## **Sicherheitspakt 2020 zwischen dem Bundesministerium für Inneres und dem Land Vorarlberg zur Vertiefung der Zusammenarbeit – für ein Mehr an Sicherheit**

Im August 2009 wurde vom Bundesministerium für Inneres und dem Land Vorarlberg eine Sicherheitspartnerschaft mit dem Zweck gegründet, durch eine gezielte Zusammenarbeit die Sicherheit im Bundesland Vorarlberg sowie das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu steigern.

Dieses Sicherheitspaket, das im Jahr 2012 vertieft und bis 2015 verlängert wurde, soll, angepasst an die aktuellen Herausforderungen, für die Jahre **2016-2020**, neu vereinbart werden.

**Die Vorarlberger Sicherheitsbehörden und die Polizei leisten ausgezeichnete Arbeit. Seit Jahren hat Vorarlberg die höchste Aufklärungsquote Österreichs (bis zu 60 %) bei wachsenden Herausforderungen.**

Rechtliche Rahmenbedingungen, die ein konsequentes Vorgehen gegen Straftäterinnen und Straftäter ermöglichen, eine zeitgemäße Organisationsstruktur sowie eine gute personelle und moderne materielle Ausstattung sind neben einer umfassenden Aus- und Fortbildung der Exekutivbediensteten wichtige Voraussetzungen für die Erhaltung des hohen Maßes an Sicherheit und des Vertrauens der Bevölkerung in die Polizei und die Bewältigung der **aktuellen Arbeitsschwerpunkte**:

- o Bekämpfung der Eigentumskriminalität, insbesondere der Wohnungs- und Wohnhauseinbrüche,
- o Bekämpfung von Gewalt- und Sittlichkeitsdelikten sowie verbesserter Schutz von Frauen, Kindern, Jugendlichen, Seniorinnen und Senioren,
- o Treffen von Maßnahmen gegen Radikalisierung und Extremismus,
- o Bekämpfung der illegalen Migration und der Schlepperei,
- o Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und Korruption,
- o Stärkung der Cyber-Sicherheit und des Schutzes kritischer Infrastruktur,
- o Erhöhung der subjektiven Sicherheit, insbesondere durch Prävention und Aufklärung,
- o Bekämpfung der Suchtmittelkriminalität,
- o Beibehaltung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und der Polizei im Bodenseeraum,
- o Beibehaltung der Intensität der Verkehrsüberwachung und Verkehrsprävention.

Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptmann Mag. Markus Wallner vereinbaren auf Grundlage der im August 2009 und im Juni 2012 geschlossenen Sicherheitspartnerschaft zwischen dem Bundesministerium für Inneres und dem Land Vorarlberg folgendes **Maßnahmenbündel für die Jahre 2016-2020**:

### **1. Sicherstellung einer ausreichenden Anzahl von Polizeikräften**

Für die Sicherheit in Vorarlberg und die Aufgabenerfüllung der Landespolizeidirektion, insbesondere der Polizeiinspektionen vor Ort, ist es gemäß der INNEN.SICHER-Strategie entscheidend, dass im Rahmen einer mittelfristigen Personalplanung **personelle Abgänge ausgeglichen bzw. Fehlstellen auf den Polizeiinspektionen besetzt werden können** und dass die Polizistinnen und Polizisten eine **fachlich gute Aus- und Fortbildung** genießen.

Deshalb ist es absolut notwendig, dass

- a. im Bundesland Vorarlberg für die Vollziehung der mit dem Exekutivdienst verbundenen Aufgabenstellungen **innerhalb der nächsten fünf Jahre (2016-2020) sukzessive Exekutiv-Planstellen systemisiert werden, sodass mindestens 910 Exekutiv-Planstellen eingerichtet sind.**
- b. **innerhalb der nächsten fünf Jahre (2016-2020) jährlich zumindest zwei bis drei Polizei grundkurse mit jeweils durchschnittlich 25 Polizeischülerinnen und –schülern am Bildungszentrum der Sicherheitsexekutive in Vorarlberg für das Bundesland Vorarlberg einberufen werden.**

## **2. Zusicherung von genügend Dienstführenden-Ausbildungsplätzen**

Gewährung von **jährlich zumindest 10 Ausbildungsplätzen für dienstführende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte unter Berücksichtigung des Konzepts „Führungs- und Fachkarriere“ in den nächsten fünf Jahren (2016-2020).**

## **3. Weiterentwicklung der sicherheitsbehördlichen Strukturen**

Gesellschaftliche Veränderungen und die zunehmende Komplexität in den polizeilichen Arbeitsbereichen erfordern **Fachwissen und Spezialisierung.** Diesem Umstand wird durch **Einführung der Führungs- und Fachkarriere,** als Teil des Reformprojekts „Moderne Polizei“ Rechnung getragen. **Spezialisierung bedingt eine effiziente Dienststellenstruktur.**

## **4. Internationale Zusammenarbeit**

**Intensive Pflege der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Polizeibehörden im Bodenseeraum und Beibehaltung der Präsenz im Grenzraum** als Ausgleichsmaßnahme zum Entfall der Grenzkontrollen durch die Schengen-Vereinbarung.

## **5. Schwerpunkt Ballungsräume**

In den bevölkerungsreichen Regionen (wie Rheintal, Walgau) sind die polizeilichen Herausforderungen im Bereich der **Sicherheits-, Kriminal- und Verkehrspolizei** am größten. Hier sind besondere **Anstrengungen im personellen, organisatorischen und fachlichen Bereich** erforderlich, um dies flächendeckend zu gewährleisten.

## **6. Erhaltung des EKO Cobra**

Erhaltung des EKO Cobra-West, Außenstelle Feldkirch-Gisingen, und Unterstützung der Polizeistreifen in besonderen Einsatzlagen.

## **7. Kein Gastrecht für Kriminelle**

Bei Straffälligkeit von Asylwerbenden und deren Verurteilung durch Gerichte sind – entsprechend den gesetzlichen Vorgaben – Verfahren zum Ausschluss bzw. zur Aberkennung des Asylstatus zu führen und ist bei Vorliegen der Voraussetzungen eine Außerlandesbringung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen.

## 8. Kooperation mit dem Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)

Die Einrichtung der BFA-Regionaldirektion Vorarlberg ist 2014 erfolgt. Es besteht hierbei großes Interesse an einer **guten Kommunikation sowie Sicherstellung eines regelmäßigen Informationsaustausches entsprechend der gesetzlichen Möglichkeiten** insbesondere hinsichtlich Aufenthaltsverboten, Ausweisungen, Schubhaften etc..

## 9. Unterstützung bei einer konsequenten Umsetzung des Wettengesetzes und Glücksspielgesetzes

Im **Interesse des Spielerschutzes** sowie einer **konsequenten Umsetzung des Wettens- und Glücksspielgesetzes** wird weiterhin eine **bedarfsorientierte Zusammenarbeit mit der Bezirkshauptmannschaft, der Finanzpolizei und der Polizei vereinbart.**

## 10. Fortsetzung der Bauoffensive

Die **Sanierung oder Optimierung der Polizeidienststellen in Vorarlberg** wird fortgesetzt. Moderne Dienststellen tragen neben einer guten Ausbildung und einer guten Ausrüstung auch zur Motivation der Bediensteten bei. Deshalb hat die Neuerrichtung von Polizeiinspektionen, insbesondere die **Polizeiinspektion Dornbirn** oberste Priorität. Die Detailplanungen für die PI Dornbirn sollen im Jahr 2016 erfolgen und mit dem Bau soll im Jahr 2017 begonnen werden.

Weitere Projekte, die gemeinsam angestrebt werden, sind

- die **Generalsanierung des Verkehrskontrollplatzes in Nüziders (A14),**
- die **Errichtung eines Verkehrskontrollplatzes in Lauterach (A14),**
- der **Errichtung einer Einsatztrainingshalle.**

## 11. Errichtung eines neuen Bootshauses für das Polizeiboot am Bodensee

Im Hinblick auf die Inbetriebnahme des neuen Polizeibootes 2012 wird die **Errichtung eines neuen Bootshauses für das Polizeiboot** in Kooperation mit dem Land Vorarlberg, den Bodenseeanrainergemeinden in Vorarlberg sowie der Wasserrettung Hard weiter geprüft. Zur Projektierung des Bootshauses wurde eine **gemeinsame Koordinationsgruppe** mit Vertretern der erwähnten Kooperationspartner eingerichtet.

## 12. Unterstützung durch den Polizeihubschrauber

**Weiterhin Unterstützung durch den Polizeihubschrauber bei der täglichen Polizeiarbeit, der Katastrophenvorsorge, bei Katastropheneinsätzen sowie bei Bergungsaktionen.**

## 13. Schwerpunkt Präventionsarbeit

**Prävention, vor allem im Bereich Eigentum, Gewalt, des sexuellen Missbrauches von Kindern und Jugendlichen sowie der Cyber-Kriminalität und Radikalisierung,** bedarf angesichts der steigenden Herausforderungen stärker als je zuvor eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes.

- Die **Verantwortung der Zivilgesellschaft mit Unterstützung der Polizei** steht dabei im Mittelpunkt, wobei die **Bürgerinnen und Bürger stärker in die Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung sowie in den Schutz vor Gefahren zu integrieren sind.**
- Hierbei ist auch die **Schaffung von Anreizen für einbruchshemmende Maßnahmen im Rahmen der Wohnbauförderung** des Landes vorgesehen.

#### **14. Öffentliche Gesundheitsaufgaben im polizeilichen Vollzug**

Das Land Vorarlberg und das Bundesministerium für Inneres setzen sich dafür ein, dass der seit November 2015 im Probebetrieb befindliche **Ärztbereitschaftsdienst NEU**, welcher eine **flächendeckende Verfügbarkeit von Ärztinnen und Ärzten insbesondere für öffentliche-rechtliche Dienstleistungen und bei polizeilichen Amtshandlungen** sicherstellen soll, **weiterentwickelt wird**.

#### **15. Unterstützung und Zusammenarbeit bei der Errichtung und dem Betrieb des TETRA-Digitalfunks**

Das Land Vorarlberg und das Bundesministerium für Inneres kommen überein, den **BOS-Digitalfunk im Land Vorarlberg gemeinsam und partnerschaftlich zu errichten und zu betreiben**. Es besteht Übereinstimmung, dass bei allen Einsätzen im Sicherheitsbereich eine **gemeinsame Kommunikation zwischen allen Einsatzorganisationen in einem einheitlichen Funknetz** unabdingbar notwendig ist, eine **technische Lösung in einem standardisierten Digitalfunk** zu sehen ist, eine **österreichweit einheitliche Technologie optimalen Funktionsumfang und größtmögliche Funktionssicherheit gewährleistet**, die **einheitliche Beschaffung und der einheitliche Betrieb volkswirtschaftlich für alle Teilnehmenden die bestmögliche Option** darstellt, eine **optimale Frequenzökonomie nur über eine einheitliche österreichweite Frequenzplanung zu erzielen** ist und dass der **optimale technische Standard** zur Anwendung kommt.

#### **16. Polizeianhaltezentrum**

Der Betrieb eines Polizeianhaltezentrums auf Grundlage der im Jahr 1994 getroffenen Vereinbarung über die Errichtung, die Erhaltung und den Betrieb des Polizeianhaltezentrums Bludenz hat sich grundsätzlich bewährt. Die Vereinbarung ist bis Ende 2016 gültig, darüber hinaus jedenfalls solange, bis eine neue Vereinbarung getroffen wurde. In diesem Fall stehen ein partnerschaftliches Vorgehen, eine Reduktion des Personalbedarfs, zeitgemäße Arbeitsbedingungen und Unterbringungsmöglichkeiten im Fokus.

Bregenz, am 2. März 2016

**Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner**

Bundesministerin für Inneres

**Ing. Erich Schwärzler**

Landesrat

**Mag. Markus Wallner**

Landeshauptmann